

„Antisarkozysme“

Studierenden- und Hochschullehrerproteste in Frankreich 2009

| ANDREAS GELZ | Die Bildungsreformen der französischen Regierung Sarkozy haben zu zahlreichen aufsehenerregenden Protesten und Straßendemonstrationen geführt. Studierende und Hochschullehrer kritisieren die Ökonomisierung der Hochschulen, neue Evaluationsmethoden und Verwaltungsstrukturen. Nur ein anlassbezogener Protest oder ein neuer Aufbruch?

Eine ähnliche Szene wäre in Deutschland wohl nur schwer vorstellbar: Hochschullehrer und Studierende, die gemeinsam auf die Straße gehen, um gegen die Bildungsreformen der Regierung zu protestieren – in Frankreich waren es am 10. Februar je nach Quelle zwischen 43 000 und 100 000 Demonstranten, am 11. März, dem sechsten Aktionstag seit Beginn der Protestbewegung, immer noch zwischen 30 000 und 60 000 in über 20 Städten.

Die Reformvorhaben

Dabei sind die Reformvorhaben, gegen die sich der Protest richtet, durchaus mit den in Deutschland geplanten Veränderungen vergleichbar, ohne dass hier ähnlicher Protest laut geworden wäre: da ist zunächst ein „Hochschulfreiheitsgesetz“ *à la française*, die 2007 verabschiedete *Loi relative aux libertés et responsabilités des universités* (LRU), die auf die Verwirklichung einer umfassenden Hochschulautonomie bis zum Jahr 2013 abzielt und u.a. die Stärkung der Position des Rektors sowie die Einführung eines *Conseil d'administration* (einer Art Hochschulrat, in den auch Vertreter der Wirtschaft einziehen

sollen) vorsieht – zulasten des *Conseil national des universités* (CNU), der bisher für die Qualitätssicherung im Hochschulwesen verantwortlich zeichnete. Seit 2007 protestieren die Studierenden immer wieder gegen die LRU, die Hochschullehrer selbst sind erst aktiv geworden, als im Januar diesen Jahres die zuständige Ministerin Valérie Pécresse einen Erlass ankündigte, der zum Jahresende in Kraft treten soll und einen massiven Eingriff in die Berufspraxis

»Die Reformvorhaben, gegen die sich der Protest richtet, sind durchaus mit den in Deutschland geplanten vergleichbar.«

xis von 57 000 Hochschullehrern darstellt. Auf der Basis regelmäßiger, aufgrund ihrer v.a. bibliometrischen Kriterien umstrittener Evaluationen sollen die Hochschulrektoren die Anteile von Forschung, Lehre und akademischer Selbstverwaltung an der Arbeitszeit der einzelnen Wissenschaftler (die *modulation*) festlegen und damit z.B. die Lehrdeputate vorgeblich unproduktiver Wissenschaftler heraufsetzen dürfen. Der Vorwurf an die Adresse der Politik, universitäre Lehre offenkundig als Strafmaßnahme zu verstehen, lag ebenso nahe wie die Annahme, die Hochschulreform sei nichts weiter als eine verkappte Sparmaßnahme: So soll auch die Frage der *promotion*, der Beförderung, zukünftig auf Universitätsebene geregelt werden; was dies an tendenziell unterfinanzierten Universitäten bedeutet, zeigt

das Beispiel der W-Besoldung in Deutschland zur Genüge – und wie um diesem Verdacht Nahrung zu geben, hat die Regierung Sarkozy 2009 450 Stellen an den Hochschulen gestrichen.

Emotionalisierter Konflikt

Emotionalisiert wurde der Konflikt durch den impliziten Vorwurf der (Publikations-)Faulheit der Hochschullehrer, geschürt hat ihn Präsident Sarkozy höchstpersönlich, der in einer polemischen Rede am 22. Januar den versammelten Hochschulrektoren den angeblichen Konservatismus und Immobilismus ihrer Universitäten vorhielt (wörtlich war von einem „System der Infantilisierung“ die Rede), deren fehlende internationale Konkurrenzfähigkeit beklagte sowie einer Ökonomisierung der Forschung das Wort redete. In der Tat soll die 2007 gegründete

Agence nationale de la recherche (ANR) Forschungsprojekte fördern, bei denen die Zusammenarbeit von universitärer und Unternehmens-Forschung im Vordergrund steht – ein Eingriff in die Forschungsfreiheit, wie viele argwöhnen. Zudem wird eine wachsende Ungleichheit der Universitäten befürchtet, hat doch Nicolas Sarkozy einen ehrgeizigen *Plan Campus* zur Bildung von zehn Zentren universitärer Spitzenforschung vorgelegt, der nicht von ungefähr an das deutsche Modell der Exzellenzuniversitäten erinnert.

Die Hochschulrektoren, die der LRU bislang eher positiv gegenüberstanden, sind durch die staatlichen Maßnahmen in Erklärungsnot geraten und lavieren nun zwischen ihren empörten Studierenden bzw. Dozenten und dem Ministerium.

AUTOR

Andreas Gelz ist Lehrstuhlinhaber für Romanische Philologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg





Foto: picture-alliance

Zu allem Überfluss plant Erziehungsminister Xavier Darcos auch noch eine Reform der Lehrerausbildung, ihre „*masterisation*“, die uns in dieser Form in Deutschland noch bevorsteht. Der Berufseinstieg würde zukünftig direkt nach dem Abschluss eines fünfjährigen Lehramts-Master erfolgen, während das bisherige kostenintensivere Modell nach dreijährigem Studium eine von den sogenannten IUFM (*Instituts Universitaires de Formation des Maitres*) begleitete zweijährige Ausbildungs- und Praxisphase vorsah. Allenthalben wird nun der Verlust an praxisnaher Lehrerausbildung kritisiert und die von der Regierung beschworene Effizienzsteigerung als Rationalisierungsmaßnahme gebrandmarkt. Denn über dem ganzen Reformszenario in Schule und Hochschule schwebt Sarkozys Drohung, jede zweite im öffentlichen Dienst freiwerdende Beamtenstelle nicht mehr zu besetzen.

Antiuniversitäres Ressentiment?

Das Misstrauen gegenüber der Politik und ihren wahren Motiven ist daher groß. Manche gehen soweit, Sarkozy

ein antiuniversitäres Ressentiment zu unterstellen, weil er angeblich – so ein sich im Internet wie ein Lauffeuer verbreitender Artikel des Politikwissenschaftlers Alain Garrigou – sein DEA in Politikwissenschaften, ein Abschluss im Postgraduiertenbereich, nicht bestanden habe, was die Universität Paris X-Nanterre umgehend dementierte.

»Das Misstrauen gegenüber der Politik und ihren wahren Motiven ist groß.«

Längst ist der Streit um die Hochschul- und Bildungsreformen der Regierung Fillon bzw. Sarkozy eskaliert und Teil eines, wie es *Le Monde* formuliert, aufflammenden *antisarkozysme* geworden, einer umfassenden Bewegung zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes als „republikanischer“ Errungenschaft gegen die angebliche Privatisierungs-ideologie der Regierung. Der Protest am 11. März stand unter dem Motto *De la maternelle à l'université* und bezog somit von der Grundschule bis zur Universität alle Bildungseinrichtungen mit

ein. Am 19. März fand bereits der zweite, die unterschiedlichsten Gesellschafts- und Berufsgruppen übergreifende „Generalstreik“ statt, zwischen 1,2 bis 3 Millionen Menschen demonstrierten auf Frankreichs Straßen. Am selben Tag beklagte der Erziehungsminister in *Le Monde* den Bruch zwischen den Wissenschaftlern und der Regierung und warf ihnen, z.T. in drastischen Worten – von Verschwörungstheorien und Hexenprozessen war die Rede – eine wachsende Unfähigkeit zu rationaler Auseinandersetzung vor.

Zwar rudert die Regierung zur Zeit zurück – für die 2009 gestrichenen Stellen sollen Ausgleichszahlungen erfolgen, in den nächsten beiden Jahren wird auf Stellenstreichungen an den Hochschulen verzichtet, die Zuweisung von Dienstaufgaben soll nicht ohne Zustimmung der Betroffenen und aufgrund einer Evaluation vollzogen werden, für die ein nationaler Referenzrahmen definiert wird, die Reform der Lehrerausbildung soll nunmehr zeitlich gestreckt und überdacht werden – doch die Skepsis in der *scientific community* bleibt.